



## Plenarprotokoll

### 79. Sitzung

Donnerstag, 14. April 2016

Inhalt .....	Seite	Inhalt .....	Seite
<b>Nachruf</b> .....	8125	<u>hierzu:</u>	
<b>Hans-Dietrich Genscher, Berliner Ehrenbürger</b> .....	8125	Änderungsantrag der Fraktion Die Linke Drucksache <a href="#">17/2825-1</a>	
<b>Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches</b> .....	8125	<u>nunmehr neu:</u>	
<b>Nachgerückte Abgeordnete Alessa Ulrike Berkenkamp (GRÜNE)</b> .....	8125	<b>Gesetz zur Umsetzung der Kitagebührenfreiheit und der Kitaqualitätssteigerung, zur gesetzlichen Absicherung der außerschulischen Lernorte, zur Einführung einer Notfallsanitäterzulage sowie zur Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen und zur Gewährung von Justizvollzugs-sonderzuschlägen (Haushaltsumsetzungsgesetz)</b> .....	8126
<b>Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde</b> .....	8125	Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU Drucksache <a href="#">17/2829</a>	
<b>1 Aktuelle Stunde</b> .....	8126	Erste Lesung in Verbindung mit	
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin			
<b>„Haushaltsumsetzungsgesetz“</b> .....	8126		
(auf Antrag der Fraktion der SPD) in Verbindung mit			
<b>Gesetz zur Umsetzung der Kitagebührenfreiheit und der Kitaqualitätssteigerung sowie zur Einführung einer Notfallsanitäterzulage und Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen (Haushaltsumsetzungsgesetz)</b> .....	8126	<b>6 Kitaoffensive III: Etablieren eines Berliner Qualitätsdialogs für die Erzieher- und Erzieherinnenausbildung</b> ...	8126
Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 13. April 2016 Drucksache <a href="#">17/2825</a>		Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 10. März 2016 Drucksache <a href="#">17/2798</a>	
zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU Drucksache <a href="#">17/2685</a>		zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache <a href="#">17/1958</a>	
Zweite Lesung			

	in Verbindung mit	Regierender Bürgermeister Michael Müller .....	8141
<b>16</b>	<b>Kitaqualität auf Bundesebene gesetzlich regeln</b> .....		8126
	Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache <a href="#">17/2761</a>		
	in Verbindung mit		
<b>20</b>	<b>Öffentlich geht vor privat! Soziale Einrichtungen wie Kitas vor Mietwucher schützen</b> .....		8126
	Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache <a href="#">17/2807</a>		
	Torsten Schneider (SPD) .....		8126
	Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) .....		8128
	Christian Goiny (CDU) .....		8130
	Katrin Möller (LINKE) .....		8131
	Susanne Graf (PIRATEN) .....		8133
	Senatorin Sandra Scheeres .....		8134
	Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) .....		8135
	Senatorin Sandra Scheeres .....		8136
	Ergebnis .....		8137
<b>2</b>	<b>Fragestunde</b> .....		8137
	gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		
	<b>Vereinbarung über städtische Wohnungen</b> .....		8137
	Iris Spranger (SPD) .....		8137
	Senator Andreas Geisel .....		8137
	Iris Spranger (SPD) .....		8138
	Senator Andreas Geisel .....		8138
	Katrin Lompscher (LINKE) .....		8138
	Senator Andreas Geisel .....		8138
	Katrin Lompscher (LINKE) .....		8139
	Senator Andreas Geisel .....		8139
	<b>Großeinsatz der Polizei gegen arabischstämmige Großfamilie</b> .....		8139
	Dr. Robbin Juhnke (CDU) .....		8139
	Bürgermeister Frank Henkel .....		8139
	Dr. Robbin Juhnke (CDU) .....		8139
	Bürgermeister Frank Henkel .....		8140
	Fabio Reinhardt (PIRATEN) .....		8140
	Bürgermeister Frank Henkel .....		8140
	<b>Eröffnung des BER</b> .....		8140
	Andreas Otto (GRÜNE) .....		8140
	Regierender Bürgermeister Michael Müller .....		8141
	Andreas Otto (GRÜNE) .....		8141
	Regierender Bürgermeister Michael Müller .....		8141
	Jutta Matuschek (LINKE) .....		8141
	<b>Polizeieinsatz in der Alice-Salomon-Hochschule</b> .....		8142
	Regina Kittler (LINKE) .....		8142
	Bürgermeister Frank Henkel .....		8142
	Regina Kittler (LINKE) .....		8143
	Bürgermeister Frank Henkel .....		8143
	Canan Bayram (GRÜNE) .....		8143
	Bürgermeister Frank Henkel .....		8143
	<b>Untersuchung des Landesrechnungshofs bezüglich des LAGeSo</b> .....		8143
	Fabio Reinhardt (PIRATEN) .....		8143
	Senator Mario Czaja .....		8144
	Fabio Reinhardt (PIRATEN) .....		8144
	Senator Mario Czaja .....		8144
	Canan Bayram (GRÜNE) .....		8144
	Senator Mario Czaja .....		8145
	Anja Schillhaneck (GRÜNE) .....		8145
	<b>Kleidung für Jugendfeuerwehren</b> .....		8145
	Burgunde Grosse (SPD) .....		8145
	Bürgermeister Frank Henkel .....		8145
	Burgunde Grosse (SPD) .....		8146
	Bürgermeister Frank Henkel .....		8146
	Canan Bayram (GRÜNE) .....		8146
	Bürgermeister Frank Henkel .....		8146
	<b>Integrationslotsen</b> .....		8146
	Burkard Dregger (CDU) .....		8146
	Bürgermeisterin Dilek Kolat .....		8147
	<b>Auftrag an Arvato</b> .....		8147
	Canan Bayram (GRÜNE) .....		8147
	Senator Mario Czaja .....		8147
	Canan Bayram (GRÜNE) .....		8147
	Senator Mario Czaja .....		8148
	Steffen Zillich (LINKE) .....		8148
	Senator Mario Czaja .....		8148
	<b>Bezahlung der Kosten eines Rechtsstreites des Regierenden Bürgermeisters</b> .....		8148
	Carsten Schatz (LINKE) .....		8148
	Regierender Bürgermeister Michael Müller .....		8148
	Carsten Schatz (LINKE) .....		8149
	Regierender Bürgermeister Michael Müller .....		8149
	Daniel Buchholz (SPD) .....		8149
	Regierender Bürgermeister Michael Müller .....		8150

**(Präsident Ralf Wieland)**

dringliche Behandlung zugebilligt wird. Sollte dies im Einzelfall nicht Ihre Zustimmung finden, bitte ich um entsprechende Mitteilung.

Ich muss ankündigen, dass uns Herr Senator Heilmann nach der Fragestunde leider verlassen muss, weil er zur Agrarministerkonferenz muss.

[Zurufe von den PIRATEN:  
Ganz wichtiges Thema!]

– Gesundes Essen ist wichtig, Herr Kollege Spies. Das wissen wir beide doch, oder?

[Heiterkeit]

Ich rufe auf

**lfd. Nr. 1:**

**Aktuelle Stunde**

gemäß § 52 der Geschäftsordnung  
des Abgeordnetenhaus von Berlin

**„Haushaltsumsetzungsgesetz“**

(auf Antrag der Fraktion der SPD)

in Verbindung mit

**Gesetz zur Umsetzung der Kitagebührenfreiheit  
und der Kitaqualitätssteigerung sowie zur  
Einführung einer Notfallsanitäterzulage und  
Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen  
(Haushaltsumsetzungsgesetz)**

Dringliche Beschlussempfehlung des  
Hauptausschusses vom 13. April 2016  
Drucksache [17/2825](#)

zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion  
der CDU  
Drucksache [17/2685](#)

Zweite Lesung

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke  
Drucksache [17/2825-1](#)

nunmehr neu:

**Gesetz zur Umsetzung der Kitagebührenfreiheit  
und der Kitaqualitätssteigerung, zur gesetzlichen  
Absicherung der außerschulischen Lernorte, zur  
Einführung einer Notfallsanitäterzulage sowie zur  
Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen und  
zur Gewährung von  
Justizvollzugssonderzuschlägen  
(Haushaltsumsetzungsgesetz)**

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD und der  
Fraktion der CDU  
Drucksache [17/2829](#)

Erste Lesung

in Verbindung mit

**lfd. Nr. 6:**

**Kitaoffensive III: Etablieren eines Berliner  
Qualitätsdialogs für die Erzieher- und  
Erzieherinnenausbildung**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung,  
Jugend und Familie vom 10. März 2016  
Drucksache [17/2798](#)

zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache [17/1958](#)

in Verbindung mit

**lfd. Nr. 16:**

**Kitaqualität auf Bundesebene gesetzlich regeln**

Antrag der Fraktion Die Linke  
Drucksache [17/2761](#)

in Verbindung mit

**lfd. Nr. 20:**

**Öffentlich geht vor privat! Soziale Einrichtungen  
wie Kitas vor Mietwucher schützen**

Antrag der Fraktion Die Linke  
Drucksache [17/2807](#)

Wird den Dringlichkeiten widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Die Koalitionsfraktionen haben soeben den Gesetzesantrag Drucksache 17/2685 zurückgezogen. Somit ist die dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 17/2825 gegenstandslos. Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/2825-1 geht ins Leere.

Ich eröffne die erste Lesung zum Gesetzesantrag Drucksache 17/2829. – Für die Besprechung der Aktuellen Stunde beziehungsweise der Beratung der Anträge steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu zehn Minuten zur Verfügung, die auf zwei Redebeiträge aufgeteilt werden kann. Es beginnt für die Fraktion der SPD der Kollege Schneider. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

**Torsten Schneider (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem jetzt die formalen Angelegenheiten geklärt sind, können wir endlich miteinander über die Sache diskutieren.

[Lachen bei den GRÜNEN, der LINKEN  
und den PIRATEN]

– Was erheitert Sie?

**(Torsten Schneider)**

[Udo Wolf (LINKE): Arbeiten  
wie die Profis!]

Das Ihnen vorgelegte Haushaltsumsetzungsgesetz lässt sich gut abgrenzen von dem von Ihnen angemeldeten Thema zur Aktuellen Stunde „Uneinigkeit in der Koalition in Bildungsfragen“.

[Uwe Doering (LINKE): Haben wir  
gerade gemerkt!]

Wir geben Ihnen heute eine Antwort. Ich werde Ihnen nachher noch verdeutlichen, wo wir unterschiedlicher Auffassung sind, aber wir sind uns jedenfalls einig, dass wir diese Stadt nach vorn bringen wollen.

[Beifall bei der SPD und der CDU –  
Evrin Sommer (LINKE): Oh, Mann!]

Ich habe mir heute fest vorgenommen, dass ich auf Ihre fehlende Stringenz nicht hinzuweisen gedenke, sondern nur über uns selbst reden möchte.

[Udo Wolf (LINKE): Das kann man  
jetzt ja ausnutzen!]

Wir haben Ihnen in den Haushaltsberatungen verschiedene Vorschläge gemacht. Erstens: Wir haben Ihnen gesagt, dass wir Probleme sehen bei gewissen Mangelberufen im Justizvollzugsbereich und bei der Feuerwehr und dass wir dort Anreizsysteme schaffen wollen und für erforderlich halten. Das haben wir im Haushalt abgebildet und schlagen Ihnen heute vor, die dafür erforderlichen gesetzlichen Ermächtigungsgrundlagen zu ändern.

Zweitens: Wir haben Ihnen im Haushalt – darüber haben wir auch eine politische Debatte geführt – vorgeschlagen, gewisse Stellen anzuheben. Das ist im Haushalt abgebildet. Heute schlagen wir Ihnen vor, die dafür erforderlichen Gesetzesänderungen vorzunehmen. Wir haben das im Haushalt abgebildet und Ihnen die politische Debatte aufgezwungen, die außerschulischen Lernorte gesetzlich abzusichern.

[Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Das Einzige,  
was Sie uns aufgezwungen haben,  
ist eine halbe Stunde Verzögerung! –  
Zuruf von Anja Kofbinger (GRÜNE)]

– Ich weiß, dass ist für die Grünen jetzt schwierig, und Sie sind ja sowieso die Erfinder alles Guten. – Wir haben dafür Haushaltsmittel von fast 3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und werden Ihnen heute vorschlagen, die außerschulischen Lernorte – Jugendkunstschulen, Jugendverkehrsschulen, Gartenarbeitsschulen – zur gesetzlichen Pflichtaufgabe zu erklären und dafür das Schulgesetz zu ändern. Das ist ebenfalls ein Vollzug dessen, was politisch in den Haushaltsberatungen beschlossen worden ist.

Wir haben eine alles überlagernde Kitadebatte miteinander geführt. Dazu gibt es Anträge verschiedener Fraktionen. Ich habe auch gelesen, dass sich manche Verbände nicht hinreichend mitgenommen fühlen und Stellung-

nahmen abgeben wollen etc. etc. Jedenfalls aber bleibt Folgendes festzuhalten: Das Haus ist sich in einem wesentlichen Punkt einig, nämlich, dass unsere Kitas wichtige Bildungseinrichtungen sind. Dazu bekennt sich die SPD ausdrücklich.

Zweitens: Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass wir im Unter-Dreijährigen-Bereich im bundesweiten Durchschnitt eine Fehlgewichtung vorfinden, was die Relation zwischen Erziehern und Kindern anbelangt, und da nicht den letzten, aber jedenfalls keinen vorderen Platz belegen. Auch da sind sich alle einig. Die Koalition schlägt Ihnen heute zwei wesentliche Dinge vor: Erstens: Wir ändern schrittweise genau diese Relation von jetzt 1 : fast 5 Kindern auf perspektivisch 1 : 3,75 Kindern. Das ist ein bundesweiter Spitzenplatz. Davon müssen Sie sich mal eine Scheibe abschneiden.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Wir sind uns auch einig, dass wir jedes Jahr den Befund haben, dass wir möglicherweise nicht ausreichend viele Kitaplätze haben. Das lesen wir auch in den Zeitungen nach, stellen dann aber retrospektiv fest: Das ist gar nicht richtig. – Das hat verschiedene Ursachen. Eine Ursache ist jedenfalls, dass es Mehrfachanmeldungen gibt. Deshalb folgen wir dem Vorschlag des Senats an dieser Stelle gern, ein elektronisches Meldesystem für alle Träger verpflichtend einzuführen. Dazu ist die Koalition zu der Auffassung gelangt, den administrativen Mehraufwand, den wir erleben werden, beim sogenannten Leitungsschlüssel auszugleichen. Das hat die Opposition überhaupt nicht auf dem Radarschirm gehabt. Ich nehme an, das werden Sie noch mit irgendwelchen Änderungsanträgen korrigieren. Wir schlagen Ihnen vor, im ersten Schritt von 1 : 110 zu kommen, also pro 110 Kinder eine volle Freistellung, und im zweiten Schritt auf 1 : 100. Das kostet am Ende des Prozesses pro Jahr fast 15 Millionen Euro. Das ist ein Riesenerfolg, da können Sie sich auch eine Scheibe abschneiden!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Und ja, ich hatte es ja bereits angekündigt: Es gibt tatsächlich, ohne dass ich jetzt hier schon in die Wahlkampfretorik ver falle – das ist aber kein Geheimnis –,

[Lachen bei den GRÜNEN und der LINKEN]

– das freut mich ja – unterschiedliche Vorstellungen in einer Koalition. Und genau die wollten Sie ja heute mit Ihren Formaldebatten zum zentralen Gegenstand machen.

Erstens: Das ist der Änderungsantrag der Linken, den wir in der zweiten Lesung im Hauptausschuss sicher noch einmal wiederfinden. Die Linken wollen vorschlagen, die sogenannte Bedarfsprüfung abzuschaffen. Die SPD-Fraktion ist da völlig klar aufgestellt, unsere Beschlusslage ist: Das wollen wir auch. Es ist nur nicht der Zeitpunkt dafür erreicht. Da haben wir unterschiedliche Auffassungen, das heißt aber nicht, dass wir uns nicht einig sind, was den Gestaltungsanspruch anbelangt.

**(Torsten Schneider)**

Zweitens: Das haben Sie überhaupt noch nicht vorgeschlagen, auch das ist Beschlusslage der SPD-Fraktion – wir sagen: Ordnungspolitisch haben wir eine klare Vorstellung, was die Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit anbelangt. Für die SPD, und zwar bundesweit, ist Bildung von der Kitas bis zur Universität gebührenfrei. Und da lassen wir uns von niemandem etwas anderes sagen, da sind wir fest aufgestellt.

[Beifall bei der SPD]

Und aus diesem Grund schlagen wir eben auch vor, die Hortgebühren abzuschaffen. Insoweit habe ich an zwei Stellen der Koalition tatsächlich unterschiedliche Auffassungen vorgestellt. Das ist aber überhaupt nicht Gegenstand der Gesetzesberatung, auch nicht Gegenstand irgendeines Änderungsantrags. Deshalb gehen Sie an der tatsächlichen Lebensrealität vorbei, wenn Sie meinen, hier sei die Zerreißprobe in der Koalition. Nein! Wir legen Ihnen ein Konsenspapier vor.

Ich will Ihnen noch eines sagen, was uns auch sehr wichtig ist. Es gibt einen Punkt, wo wir gestern gemeinsam im Hauptausschuss identifiziert haben, dass wir da Justierungsbedarf haben. Die SPD-Fraktion bestärkt da auch die Bildungsverwaltung, sich im Verordnungsweg Gedanken zu machen, um was es da genau geht. Wir erleben bei den freiwilligen Zusatzleistungen, die wir im Grunde nicht infrage stellen, aber tatsächlich auch bedenkliche Vorgänge. Das haben die Grünen gestern auch so konstatiert. Dafür muss es eine Lösung geben. Womit die SPD-Fraktion politisch nicht einverstanden ist, ist die Situation, dass Eltern bei einem Träger um einen Kitaplatz nachsuchen und zugleich dann hören: Ja, das können wir uns vorstellen, wir haben mehrere Bewerber. Gucken Sie mal, hier haben wir aber noch chinesisches Yoga für Kleinkinder, machen Sie doch mal Ihre Kreuze! – Diese Kausalität finden wir unangemessen und der treten wir entgegen! – Was wir auch kritisch sehen, sind Zuzahlungsbeträge von 800 Euro. Das konterkariert unseren politischen Anspruch von gebührenfreier Kita, ist aber schwierig abzugrenzen im Rahmen der Privatautonomie.

Zusammenfassend will ich Ihnen sagen, mit einem deutlichen Schwerpunkt im Bildungsbereich in der frühkindlichen Bildung ist der Koalition hier ein großer Wurf gelungen. Und wenn Sie jetzt in die Trägerlandschaft gehen und Ihre eigenen Änderungsanträge zum Maßstab machen, dann müssen Sie das zugestehen. Genau das ist der Grund, warum Sie in der Sache nicht mehr mit uns diskutieren, sondern das Ganze im Verfahren skandalisieren wollen.

[Steffen Zillich (LINKE): Dafür gibt es auch ganz schön viel Anlass!]

Ich will ausdrücklich sagen: Hier ist eindeutig Hand in Hand zwischen der SPD-Fraktion, der Senatsbildungsverwaltung, dem Senat in Gänze und dem Koalitionspartner ein großer Wurf gelungen. Das ist ein eindeutiger

Erfolg der Bildungssenatorin Sandra Scheeres. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank, Herr Kollege! – Für die Grünen hat Frau Burkert-Eulitz das Wort. – Bitte schön, Frau Kollegin!

**Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war jetzt nicht die große, sondern die kleine Schneider-Show. Aber wir müssen uns bei der Koalition erst mal dafür bedanken, dass Sie nach langer Zeit dazu gekommen sind und die Vernunft angenommen haben, dass die Qualität für die kleinsten Kinder in der Kita besser wird. Dafür vielen Dank! Da können wir auch alle hier klatschen.

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN]

Das hat auch dazu geführt, dass Sie sogar noch etwas über das Ziel hinausgegangen sind und ab 2019 den Schlüssel auf 3,75 für die unter Zweijährigen verbessern. Das ist gut, und das wollen wir alle so. Da unterstützen wir Sie auch.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Gut ist auch, dass Sie hinsichtlich unserer Geschäftsordnung Vernunft angenommen haben. Die Verzögerung vorhin war eine etwas stümperhaft vorbereitete Gesetzesänderung. Danke aber vor allem dafür, dass es überhaupt eine Qualitätsverbesserung für die Kleinsten in dieser Stadt gibt, Dank gilt dem Druck, den die Opposition, die Berichterstattung

[Lachen von Lars Oberg (SPD)]

und insbesondere die Eltern, die Träger, die Verbände, die Wissenschaft und die Gewerkschaften in dieser Stadt mehr als ein Jahr aufrechterhalten und Sie zum Schluss zum Einlenken gezwungen haben.

[Beifall bei den GRÜNEN –  
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN  
und den PIRATEN]

Druck, Druck, Druck – nur so bewegt sich in dieser schwerfälligen Koalition etwas. So kann man Politik für eine dynamische Stadt eben nicht machen. Und das wird sich im September hoffentlich auch ändern.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Das Verfahren zum Zustandekommen dieses Gesetzes ist Spiegel des Chaos in der Koalition. Einer weiß nicht, was der andere tut. Schauen Sie sich das Gesetz von gestern an: Erste Lesung, zweite Lesung von einem Teil, dann doch dritte Lesung. Gott sei Dank haben Sie es noch geheilt, als wir Sie darauf hingewiesen haben.

[Beifall bei den GRÜNEN]